

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 2

Artikel: Sozialismus des 20. Jahrhunderts
Autor: Gerteis, Martel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336981>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARTEL GERTEIS

Sozialismus des 20. Jahrhunderts

Ein Beitrag zur Programmdiskussion

Der «Gehirntrust» der britischen Labourpartei, die «Socialist Union», hat kürzlich eine Schrift mit dem Titel «Twentieth Century Socialism» («Sozialismus des 20. Jahrhunderts») veröffentlicht. Diese Diskussionsgruppe von Programmtheoretikern geht beim Versuch, die modernen sozialistischen Forderungen im Lichte der Erfahrungen neu zu überdenken, von der «realpolitischen» Überlegung aus, daß es in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, gewissermaßen «die Menschen zu bessern» und sie durch theoretische, philosophische und menschliche Überlegungen dazu zu bringen, sich sozialer zu verhalten. Macht — so sagt die Socialist Union — kann am besten und wirksamsten durch die Schaffung einer *Gegenmacht* in Schach gehalten und kontrolliert werden. Durch verschiedene Umstände wird einzelnen Menschen oder Menschengruppen Macht verliehen — durch Besitz, Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Konsumgüter, durch Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse usw. Die sozialistische Politik ist vor allem darauf ausgerichtet, solche Macht unter demokratische Kontrolle zu bringen. Die politische Kontrolle allein genügt jedoch nicht — es genügt also auch nicht, die Macht dem Staate zu übertragen, der seinerseits wieder durch die politische Demokratie oder durch «Selbstkontrolle» überwacht würde.

Die Überlegungen der Labour-Intellektuellen können auch für unsere schweizerische Programmdiskussion wertvoll sein. Wir fassen deshalb hier die wesentlichen Gedankengänge der Broschüre zusammen — allerdings in völliger journalistischer Freiheit und indem wir sie auf schweizerische Verhältnisse übertragen.

Die Erfahrungen der ersten hundert Jahre sozialistischer Theorie

In den ersten Jahrzehnten der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus galt es scheinbar zu wählen zwischen «freier» Wirtschaft und «staatlich kontrollierter» Wirtschaft. Die in der Praxis betriebene kapitalistische Wirtschaft ist aber nicht identisch mit dem politischen «Liberalismus». Die liberal-kapitalistische Wirtschaft ist im Laufe der fortschreitenden

technischen Revolution bis zur Unkenntlichkeit verändert worden. Die Privatwirtschaft ist eng mit der Staatswirtschaft verwirkt. So ist zum Beispiel die persönliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in der modernen Wirtschaft relativ klein geworden. Die kapitalistische totale Ablehnung jeder Staatseinmischung hat längst einem neuen System Platz gemacht, in welchem staatliche Institutionen zu Schutzmaßnahmen, Rationalisierungsmaßnahmen, zu Planungszwecken und . . . für die Finanzierung eingesetzt werden.

Ähnlich ist es aber auch den ursprünglichen sozialistischen Theorien ergangen. Die Theorie zum Beispiel, daß das kapitalistische System sich selber ad absurdum führen müsse, daß es die sozialen Spannungen ständig vergrößere, zu immer größerer Machtkonzentration auf der einen und immer größerer Verelendung auf der andern Seite führen müsse, hat sich nicht bewahrheitet. In den hochkapitalistischen Industrieländern ist es im Gegenteil gelungen, den allgemeinen Wohlstand zu steigern. Wo durch Revolutionen das kapitalistische System durch den «Sozialismus» ersetzt wurde, hat die Einführung einiger als typisch sozialistisch betrachteter Institutionen, wie Planwirtschaft, staatliche Unternehmen usw. versagt. Es hat sich gezeigt, daß Planwirtschaft und staatliche Produktion nicht automatisch zum Sozialismus führen, sondern ebensogut auch zu einer noch stärkeren Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Gerechtigkeit und der Demokratie in der Wirtschaft. Staatliche und genossenschaftliche Betriebe können ebensogut versagen wie kapitalistische Unternehmungen.

Wohl den stärksten Einfluß auf die Theoretiker des Sozialismus hat aber der Erfolg einer schrittweisen Erfüllung sozialistischer Forderungen innerhalb des Kapitalismus gehabt. Dieser Eindruck war bei einzelnen sozialistischen Theoretikern so überwältigend, daß sie heute im Prinzip das kapitalistische System überhaupt nicht mehr verändern wollen. Mit einem gewissen Recht sprechen sie jedoch nicht mehr von «Kapitalismus», sondern von «freier Marktwirtschaft» oder «demokratischer Marktwirtschaft». Besonders deutlich spürbar ist bei einem Teil der Sozialisten die Abkehr von der Ansicht, daß staatliche Unternehmungen die Wirtschaftsaufgaben besser lösen können als Privatunternehmungen. Diese Abneigung gegen die Staatswirtschaft ist besonders bei den Gewerkschaften festzustellen, die sich innerhalb der privaten Wirtschaft eine weit größere Handlungsfreiheit erkämpft haben, als wenn sie mit ihren Begehren dem Staat gegenüber treten müssen.

Wenn heute in den westlichen Ländern deutlich «rechte» und «linke» Flügel in den sozialistischen Parteien zu erkennen sind, so ist das weniger mehr auf Grund der früheren Auseinandersetzungen über den «Weg zum Sozialismus» der Fall. Der «linke Flügel» hängt vielmehr eher den traditionellen Satzungen des Sozialismus an, sucht den staatlichen Sektor der Wirtschaft zu erweitern und andere hundert Jahre alte Doktrinen zu verwirklichen. Auf dem «rechten Flügel» finden wir unter anderm jene Leute, für

die die politische Arbeit der sozialdemokratischen Parteien darin besteht, sich möglichst wenig mit Theorien abzuquälen und dafür um so energischer sich auf sogenanntes «social engineering» zu beschränken, das heißt «Sozialpolitik» zu betreiben.

Das führt immer mehr dazu, daß «jeder seinen eigenen Sozialismus» verfißt — wobei man auf die Frage, was denn eigentlich unter Sozialismus verstanden werde, etwa zur Antwort erhält: «Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, mehr Planung in der Wirtschaft, Ausbau der Sozialversicherungen». Diese Verwirrung rührt davon her, daß man die ursprünglichen Ziele des Sozialismus nicht mehr klar vor Augen hat. Wollen wir abklären, nach welchen generellen Richtlinien sich unsere Politik richten soll, dann haben wir zunächst die Ziele wieder klar zu umreißen. Dann aber gilt es neu zu überdenken, wie diese Ziele am zweckmäßigsten erreicht werden können. Wir haben dabei den großen Vorteil, daß wir heute nicht mehr bloß theoretisieren müssen — wie es noch Marx tun mußte. In den letzten hundert Jahren wurde verschiedenes in der Praxis durchexerziert, was man sich damals nur theoretisch ausmalen konnte. Den Sozialismus des 20. Jahrhunderts — das heißt seine programmatische Formulierung — können wir heute auf einer ziemlich umfangreichen *Erfahrung* aufbauen.

Die Ziele des Sozialismus

Die praktischen Ziele der sozialistischen Politik sind aus einer Anzahl von *menschlichen Idealen* abzuleiten. Im innersten Grunde geht es bei der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die Rangordnung der Werte. Der Kapitalismus bezeichnet als «Fortschritt» die Vermehrung materieller Werte — seine Theoretiker befassen sich deshalb vorwiegend mit der Wirtschaft. Die Sozialisten stellen in den Vordergrund ihres Denkens die universellen, humanistischen Ideale von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Eine Ausweitung dieser Werte wird von ihnen als «Fortschritt» bezeichnet — die Vermehrung materieller Werte ist ein «Fortschritt» von sekundärer Bedeutung, auch wenn sie natürlich oft die Voraussetzung für das Hauptziel ist. Das Kommunistische Manifest von Marx und Engels hat dies an verschiedenen Stellen klar formuliert. Es ist nicht abzuleugnen, daß der *Liberalismus* in seinen theoretischen Formen gewillt ist, die genannten menschlichen Ideale ebenfalls vor den materiellen Fortschritt zu stellen. Es ist aber der Fehler gemacht worden, daß man den Sozialismus als Antithese des Liberalismus bezeichnete. In Wirklichkeit ist der Sozialismus die Antithese zum Kapitalismus. Kapitalismus und Liberalismus sind nicht identisch. Der Privatkapitalismus auf der einen — der Staatskapitalismus auf der andern Seite haben jedoch nach einer theoretischen Untermauerung gesucht. Mit viel Kniffen weist der Kapitalismus nach, daß er die praktische Ausführung des Liberalismus sei, und der Staatskapitalismus in den kommunistischen Volksdemokratien will

mit ebensoviel Kniffen nachweisen, er sei die praktische Nutzenanwendung des Sozialismus. Liberalismus und Sozialismus stehen sich aber nicht diametral gegenüber. Beide bezeichnen als die erstrebenswerten Ideale: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Der Liberalismus hat sehr wesentlich dazu beigetragen, die politische Demokratie durchzusetzen. Die kapitalistische Wirtschaft ist aber gar nicht liberal, sondern im Gegenteil auf Machtkonzentration ausgerichtet. Die schädlichen Auswirkungen — zum Beispiel das ganze durch den Kapitalismus verschärfte Sozialproblem — können nun aber nicht einfach dadurch beseitigt werden, daß man die Machtkonzentration des Privatkapitals durch die Machtkonzentration beim Staat ersetzt, sondern daß man überhaupt jeder Machtkonzentration und jedem Machtmißbrauch ein Gegengewicht gegenüberstellt. Wir werden in den folgenden Abschnitten sehen, wie solche *Gegengewichte* geschaffen werden können. Zunächst seien hier die Begriffe «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit» klar umrissen, da darüber die verschiedensten Ansichten herrschen.

Gleichheit

Alle Menschen sollen gleich sein — diese stereotype Forderung wird natürlich zum Unsinn, wenn man diese Gleichheit nicht genauer umschreibt. In Tat und Wahrheit sind die Menschen sehr ungleich — die moderne Zivilisation modelliert sie allerdings um: Wir kennen das Problem der Vermassung. Es muß uns daran gelegen sein, die Vielfalt der Menschheit gegenüber der gleichmachenden Zivilisation zu erhalten, und es gilt sogar, Originalität, besondere Traditionen, Eigenheiten im Denken, die Vielfalt der Kultur zu schützen und zu fördern. Gleichheit heißt niemals Uniformität, denn ein wesentlicher Bestandteil der Menschenwürde ist ja gerade die Freiheit, sich aus der Masse herauszuheben. Gerade das werfen wir Sozialisten dem Kapitalismus vor: Er vernichtet die individuelle Freiheit und die Menschenwürde. Er stößt wahllos befähigte und unbefähigte, talentierte und untalentierte, temperamentvolle und lethargische, initiative und gleichgültige Menschen in die Herdenmasse zurück. Für ihn gilt als einziger Maßstab für die Berechtigung, sich von der Masse auszuzeichnen, der Umfang des materiellen Besitzes und damit das Maß wirtschaftlicher Macht. Unsere ganze Zivilisation ist durch diesen falschen Wertmaßstab verseucht. Auch vom einfachen Arbeiter und Angestellten, der politisch durch und durch demokratisch gesinnt ist, wird der materielle Erfolgsmensch bewundert und nachgeahmt. An der Vermassung ist der Kapitalismus schuld, nicht die moderne Zivilisation — denn die moderne Zivilisation hat im Gegenteil eine Vervielfältigung der Möglichkeiten zur Folge, aus der Masse hervorzutreten und die eigene Persönlichkeit zur Geltung zu bringen.

Der Sozialismus versteht unter «Gleichheit» etwas ganz anderes. Gleichheit im sozialistischen (und liberalen) Sinne ist vielmehr der Schlachtruf

gegen die Privilegien einer bestimmten Klasse von Menschen, die sich diese Privilegien nicht durch besondere Leistungen gegenüber der Gemeinschaft, sondern nur durch Mißbrauch einer Machtstellung erworben haben. Es handelt sich bei dem Ruf nach Gleichheit im Grunde genommen um die Gleichheit der Möglichkeiten (im englischen Text wird hierfür das Wort «chance» gebraucht). Wenn wir also Gleichheit in der Schulausbildung fordern, so kann das nicht so verstanden werden, daß jeder Mensch eine Mittel- oder Hochschulbildung fordern kann, auch wenn er dazu nicht befähigt ist. Gleichheit bedeutet bei diesem Beispiel, daß der Befähigte, Talentierte das Hochschulstudium fordern darf, der auf eine andere Art Befähigte soll indessen die Möglichkeit haben, eine Spezialschule zu besuchen, die seinen mehr technischen, handwerklichen, kaufmännischen oder künstlerischen Fähigkeiten entgegenkommt. Es ist auch ein Unsinn, für einen Menschen, der Freude an Werkstattarbeit hat, die Bereitstellung eines Büropostens zu fordern. Gleichheit bedeutet nicht, daß jedermann die Möglichkeit hat, «das Leiterchen hinaufzusteigen» — denn es handelt sich nicht um eine Leiter, sondern um Dutzende davon. Im Kapitalismus jedoch sind die oberen Sprossen überhaupt einer bestimmten Sorte von Menschen vorbehalten, den Kapitalbesitzern.

Wir fordern Gleichheit der Möglichkeiten für die Leute mit gleichen Fähigkeiten. Nur die Leistung soll für die Auswahl und den Aufstieg maßgebend sein. Das ist es, was wir unter der Abschaffung der Klassen verstehen. Das gilt natürlich nicht nur im Beruf und in der Wirtschaft, sondern vor allem auch für die Kultur, die bis heute immer eine Klassenkultur von Privilegierten war. Die Elimination von Klassenprivilegien ist geradezu der Maßstab für den Grad der erreichten Gleichheit.

Als Sozialisten haben wir jedoch noch einen Schritt weiterzugehen. Auch wenn alle Klassenprivilegien abgeschafft sind, wird es immer noch Starke und Schwache, Tüchtige und Hilflose geben, Selbständige und Abhängige. Zum Begriff Gleichheit gehört deshalb nicht nur die Gleichheit der Möglichkeiten (die vom Liberalismus ebenfalls vertreten wird), sondern auch der soziale Ausgleich. Es wird immer Menschen geben, die aus eigenen Kräften nicht in der Lage sind, einen Platz an der Sonne zu behaupten. Hier muß die Gesellschaft *ausgleichend* eingreifen.

Einkommen und persönlicher Besitz

In der modernen Wirtschaft hängt die Gleichheit der Möglichkeiten weitgehend vom Einkommen und vom persönlichen Besitz ab. Wir wollen zuerst die sozialistischen Forderungen bezüglich des privaten Besitzes abklären. Besitz ist heilig — sagen die Besitzenden. Besitz ist Verbrechen — sagen die Besitzlosen. Da der Privatbesitz ungerechtfertigte Macht mit sich bringt, soll er nach den Theorien der frühen Sozialisten abgeschafft werden (übrigens auch nach den Ansichten des Urchristentums). Soll also der Besitz der Rei-

chen enteignet und unter alle Volksgenossen gleichmäßig verteilt werden oder an den Staat fallen? Diese Lösung wäre sehr unzweckmäßig, denn nach wenigen Jahren müßte man dann wohl wieder eine neue «Teilung» durchführen. Oder soll überhaupt niemandem etwas privat gehören? Das wäre vielleicht die sauberste Lösung — aber sie ist vollständig wirklichkeitsfremd. Es ist nun einmal Tatsache, daß der Durchschnittsmensch auch bei täglich auf ihn einhämmernder «Gemeinschaftspropaganda» für seinen Einsatz eine Belohnung verlangt. Wäre übrigens ein Auto zum Beispiel verbotener Privatbesitz? Der eine würde sich von seinem Einkommen ein paar schöne Reisen leisten — der andere spart sich einen Teil seines Einkommens, um dann erst später zu konsumieren. Er wäre wohl nicht erfreut, wenn man dann sein zusammengespartes Auto als Gemeinschaftsbesitz betrachten würde.

Das Sparen — das heißt der Verzicht auf unmittelbare Konsumation des Produktionsanteils — ist sogar sehr sinnvoll. Es hieße nun wirklich Scheuklappen anzuziehen, wollte man den Privatbesitz an Konsumgütern als unvereinbar mit dem Sozialismus bezeichnen. Es muß durchaus der individuellen Veranlagung des Einzelmenschen überlassen bleiben, ob er seinen Anteil am Produktenberg der Gemeinschaft sofort konsumieren will, oder ob er ein Vermögen ersparen will. Dagegen ist es eine sozialistische Forderung, daß der persönliche Besitz auch auf einer persönlichen Leistung beruhen soll. Das Unrecht beginnt erst dort, wo der Vermögensbesitzer glaubt, auf Grund seines Vermögens statt auf Grund einer Leistung für sich Privilegien beanspruchen zu dürfen. Es muß klar erkannt werden, daß der Besitz keine Leistung ist. Besitz gibt kein Anrecht auf ein Einkommen. Im Kapitalismus herrscht die völlig unsinnige Ansicht, daß ein Aktienbesitzer sich das Recht erwerbe, ohne weitere Leistung einen Anteil an der Produktion einzukassieren. Oder daß sich ein Häuser- oder Fabrikbesitzer das Anrecht erworben habe, arbeitsloses Einkommen einzukassieren. Man wird entgegen, der Besitzer trage dafür das Risiko, sein Kapital zu verlieren und damit seinen Anteilschein auf die von ihm nicht konsumierte Produktion aus einer früheren Leistung zu verlieren. Für dieses Risiko müsse der Kapitalbesitzer entschädigt werden. Natürlich soll er entschädigt werden, denn seine Spartätigkeit ist eine Leistung. Es gibt aber durchaus Mittel, diese Entschädigung so einzuschränken, daß sie nicht zum arbeitslosen Einkommen wird. Der Zins für ausgeliehenes Geld ist eine volkswirtschaftlich sehr nützliche Einrichtung. Er soll so tief gehalten werden, daß gerade noch genug Anreiz besteht, zu sparen. Die Manipulation der Zinssätze ist ein ausgezeichnetes Instrument der Konjunkturpolitik. Die Dividende jedoch, das heißt ein über die Risikoentschädigung hinausgehender Gewinnanteil, arbeitsloses Einkommen, ist ein wirtschaftlicher Unsinn.

Wichtig ist jedoch vor allem, daß der Besitz keine Privilegien verleihen darf, keine Macht. Dieser Mißbrauch von Macht kann am besten durch ein *Gegengewicht* vermieden werden. Wir werden später noch sehen, wie ein sol-

ches Gegengewicht geschaffen werden kann. Die Gier, materielle Reichtümer anzuhäufen, rührt zu einem großen Teil nicht davon her, zu einem späteren Zeitpunkt dann diese Reichtümer ohne weitere Leistung konsumieren zu können, sondern um sich Macht anzueignen, Privilegien und Verfügungsgewalt über die Masse. Wenn solcher Machtmißbrauch verunmöglicht wird, dann kann auch der Gier nach Anhäufung materieller Güter der Boden entzogen werden.

Der Privatbesitz kann indessen nicht für alle Güter anerkannt werden. Er kann insbesondere bei jenen Gütern nicht gestattet werden, die nur in beschränktem Maße vorhanden sind und die nicht reproduziert werden können. Wo also eine Mangellage besteht, muß die Verfügungsgewalt über den Privatbesitz eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden. Das ist zum Beispiel beim Bodenbesitz der Fall. Boden ist nur in beschränktem Ausmaß vorhanden.

Zur Frage der Einkommen — der Löhne

ist zu sagen, daß die Sozialisten nicht einfach eine Nivellierung aller Arbeitseinkommen verlangen. Es gibt zwar vereinzelt Verfechter einer solchen Forderung — die aber wiederum sehr wirklichkeitsfremd ist. Jedermann kann mit Bezug auf seine nächste Umgebung für sich selbst feststellen, daß er es als ungerecht empfindet, wenn eine persönliche Mehrleistung nicht auch entsprechend belohnt wird. Jedem nach seiner Leistung — heißt vielmehr die Parole. Dabei ist jedoch sofort einschränkend beizufügen, daß die persönliche Leistung nicht das einzige Kriterium sein darf, nach welchem sich der Anteil am Sozialprodukt zu richten hat. Die Natur verleiht den Menschen völlig verschiedene Begabungen. Im Kapitalismus leitet der Lebenstüchtige irrtümlicherweise aus seinen ihm durch die Natur verliehenen besonderen Fähigkeiten das Recht ab, sich besondere Freiheiten und Privilegien anzueignen. Nach sozialistischer Ansicht trägt besondere Lebenstüchtigkeit aber auch Verpflichtungen in sich — die Verpflichtungen der Solidarität mit den Schwachen, weniger lebensfähigen Menschen. Das ist nun nicht etwa eine wirklichkeitsfremde Ansicht. In der Urzelle der Gesellschaft, in der Familie, ist es zum Beispiel ein universell anerkannter Grundsatz, daß die Leistungsfähigen (Vater, Mutter), die Schwachen (Kinder, Großeltern, minderleistungsfähige Verwandte) durch ihre eigenen Leistungen mitzutragen haben. Diese Grundsätze werden in der Theorie auch für andere Gesellschaftseinheiten (Sippe, Gemeinde, Nation usw.) ernsthaft nicht mehr bestritten. Die Sozialisten betrachten es als Pflicht der Gesellschaft, für die nicht leistungsfähigen Gesellschaftsangehörigen zu sorgen, und zwar in materieller wie auch in kultureller Hinsicht. Aus dieser Verpflichtung leiten wir das Recht auf Arbeit und das Recht auf ein Existenzminimum ab. Im heutigen komplizierten Mechanismus der Gesellschaft hat es sich als zweckmäßig erwiesen, das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum durch die Sozialversicherung zu

organisieren, also durch Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Altersversicherung, Witwen- und Waisenversicherung. Ferner sind Maßnahmen zweckmäßig, die eine volle Ausnützung vorhandener Leistungsfähigkeit garantieren. Jedermann soll in die Lage versetzt werden, für sich selbst zu sorgen. Für die Arbeitsfähigen hat also die Gesellschaft genügend zweckmäßige Arbeitsplätze zu verschaffen, den Talentierten entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, für körperlich Behinderte zum Beispiel besondere Arbeitsplätze bereitzustellen usw. Man darf sich aber auch nicht auf die heute als zweckmäßig betrachteten Organisationsformen versteifen. Wenn also zum Beispiel private Krankenkassen die Krankenversicherung ebenso rationell und wirkungsvoll durchführen können wie eine staatliche Krankenversicherung, so ist nicht einzusehen, wieso die Organisationsform geändert werden soll. Wird jedoch erkannt, daß eine staatliche Krankenversicherung leistungsfähiger und zweckmäßiger wäre als die private Krankenversicherung, so darf man sich auch nicht auf die private Krankenversicherung versteifen. Es ist in jedem Fall die zweckmäßigste Organisationsform zu wählen. Wir werden später sehen, daß dieser Grundsatz auch für die Organisation der Wirtschaft gilt. So ist die Ablösung der Privatwirtschaft in einem Produktionssektor durch eine staatliche Organisation nur dann eine sozialistische Forderung, wenn diese staatliche Organisation die gestellten Aufgaben auch wirklich zweckmäßiger und leistungsfähiger erfüllen kann. Die sozialistischen Verstaatlichungsforderungen wurden gestellt, weil man glaubte, daß die Überführung von Privatbesitz an Produktionsmitteln in Staatsbesitz eine Demokratisierung der Produktionshierarchie bringe. Das ist jedoch nicht unbedingt der Fall. Es muß nämlich nicht in erster Linie der Besitz kontrolliert werden, sondern die durch solchen Besitz verliehene Macht — die Verfügungsgewalt. Auch in einem Staatsbetrieb ist die Verfügungsgewalt einzelnen Personen oder Gruppen von Personen übertragen. Also muß auch in einem Staats- oder Genossenschaftsbetrieb die Verfügungsgewalt dieser Personen durch ein Gegengewicht kontrolliert werden. Es ist diese demokratische Kontrolle, die der Sozialismus anstrebt, nicht die Verstaatlichung an sich.

Eine Nivellierung der Löhne bei vielfältig verschiedenen Leistungen ist also wirklichkeitsfremd und auch unzweckmäßig, denn es ist nun einmal eine Eigenart des menschlichen Charakters, daß er dann zu Höchstleistungen angespornt wird, wenn eine besondere Belohnung winkt — sei es in klingender Münze, sei es durch die Befriedigung in anderer Hinsicht, durch Ruhm, öffentliche Anerkennung usw. Im kapitalistischen Gesellschaftssystem wird das Leistungsprinzip mit Füßen getreten. Im Kapitalismus hängt die Höhe des Einkommens nicht von der Leistung, sondern vom Umfang der durch verschiedene Ursachen verliehenen Macht und Verfügungsgewalt ab. Es ist dieser Umstand, der von allen Sozialisten als menschenunwürdig betrachtet

wird. Aber jede Einschränkung von Macht und Verfügungsgewalt wird vom Kapitalismus als Einschränkung der persönlichen Freiheit bekämpft. Dies macht es nötig, daß wir uns auch noch kurz mit dem Problem der Freiheit befassen.

Freiheit

Wir können es uns hier ersparen, näher darauf einzutreten, wie jeder Mißbrauch von Freiheit die Freiheit eines anderen einschränkt. Der Hauptirrtum bei der Bewertung des Grades von Freiheit ist der, daß man unter Freiheit im allgemeinen ein möglichst weitgehendes «Fehlen von Einschränkungen» versteht. Freiheit bedeutet aber vielmehr die Summe der positiven Wahlmöglichkeiten. Diese Freiheit der persönlichen Entscheidung, der möglichst vielseitigen Wahlmöglichkeit kann unter Umständen durch Gesetze vergrößert werden, durch zweckmäßige Organisation, Planung usw. Eine primitive Gesellschaftsform, zum Beispiel bei einem Negerstamm, kann ein Minimum an gesetzlichen und organisatorischen Vorschriften bieten. Oder denken wir an die «Gesetzlosigkeit» im «Wilden Westen». Scheinbar herrscht bei diesem Negerstamm und bei den Wildwest-Cowboys eine uneingeschränkte Freiheit. In Wirklichkeit aber ist diese Freiheit äußerst klein. Der Neger hat keine andere Wahl, als das Leben eines primitiven Jägers und Viehzüchters zu fristen und Hunger zu leiden. Der Vagabund, der unter Brücken schläft und Gelegenheitsarbeiten verrichtet, genießt nur scheinbar eine von Gesetzen uneingeschränkte Freiheit, in Wirklichkeit kann er nicht wählen, ob er im Gasthaus oder unter einer Brücke übernachten will.

Wir wollen aber noch ein anderes Beispiel geben, wie wir es in der modernen Wirtschaft antreffen. Die moderne Massenproduktion führt dazu, daß die Wahlfreiheit bei der Güterauswahl eingeschränkt wird. Werden zum Beispiel hunderttausend Häuser in Massenfabrikation vorgefertigt, so trägt dies bestimmt zur materiellen Verbesserung des Lebens von hunderttausend Mietern bei. Aber die Freiheit, zwischen diesem Haustyp und einem andern, persönlich gewünschten Haustyp zu wählen, geht verloren. Das Wachstum einer wirklichen Kultur wird durch solche Uniformierung unterdrückt, mit der Uniformierung wird der Vermassung Vortrieb geleistet. Es ist eine Frage der Organisation, daß die Gesellschaft auch in dieser Beziehung die Freiheit erweitert, indem sie Parkanlagen, Sportplätze, Theatergebäude, Universitäten, Volkshäuser, Bibliotheken und andere Kulturstätten schafft. Der kapitalistische freie Markt — bestimmt etwas, das mit Freiheit zu tun hat — kann diese kulturellen Leistungen nicht fördern, es sei denn, sie würden als Geschäftsunternehmungen aufgezogen — was aber der Kultur kaum förderlich ist. Wir sehen auch an diesem Beispiel, daß durch eine bestimmte Ordnung, Organisation, Einschränkung der privaten Freiheit, in Wirklichkeit die Freiheit der persönlichen Lebensgestaltung wächst.

Der Kapitalismus hat in bezug auf diese kulturellen Freiheiten vollständig versagt. Er hat die Wahlfreiheiten nur für die Besitzenden und Mächtigen gebracht. Es kommt dazu, daß die Freiheit der Konsumenten in jüngster Zeit immer mehr durch Privatinteressen eingeschränkt wird. Tag für Tag werden ungeheure Summen dafür ausgegeben, die Masse der Konsumenten davon zu überzeugen, daß gewisse Dinge höchst begehrenswert seien. Die Flut von Propaganda hat schon längst die persönliche Wahlfreiheit unterdrückt. Der Konsument kann heute in den wenigsten Fällen noch frei beurteilen, ob ein Produkt wirklich besser ist als ein Konkurrenzprodukt. Auch hier wird die Gesellschaft eingreifen müssen, um die Freiheit — hier die Freiheit des Konsumenten — wiederherzustellen.

Die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes

gehört ebenfalls zu den Freiheiten, die in der «freien» Wirtschaft des Kapitalismus nicht im geringsten erfüllt wurden. Sie wird aber auch nicht erfüllt durch den volksdemokratischen Staatskapitalismus. Wieviel Menschenwürde wurde doch mit Füßen getreten durch den Umstand, daß ein Arbeitnehmer nicht frei seinen Arbeitsplatz wechseln konnte. Damit ist ein äußerst wichtiges Gegengewicht gegen die Machtbefugnisse und Verfügungsgewalten der Unternehmer verlorengegangen. Wie wichtig ein solches Gegengewicht für die Demokratisierung der Wirtschaft ist, zeigt sich deutlich in der heutigen Zeit der Hochkonjunktur, wo die «Wanderfreiheit» wenigstens teilweise wieder hergestellt ist. Plötzlich entdecken die Unternehmer die «human relations». Sie verbessern die Arbeitsplätze, treiben Sozialfürsorge, bieten Alterspensionen. Das Herumbefehlen durch Vorgesetzte wird bewußt durch «Team-work» ersetzt, da sonst die Arbeitnehmer davonlaufen.

Die Automation bringt allerdings neue Gefahren für die Freiheit der Arbeitsplatzwahl. Es wird unmöglich sein — auch in einer sozialistisch aufgebauten Gesellschaftsordnung — unter allen Umständen jedem Arbeitnehmer denjenigen Arbeitsplatz offenzuhalten, den er persönlich wünscht, der ihm Freude an der Arbeit und schöpferische Befriedigung bietet. Es wird sich für die Gesellschaft darum handeln, diese Freiheit so umfangreich wie möglich zu gestalten, und das kann auch wieder nicht durch eine Gesinnung des «laissez faire» erreicht werden. Übrigens geht der Menschheit Tag für Tag ein ungeheurer Elan an schöpferischen Kräften verloren, weil es die Gesellschaft nicht versteht, die vorhandenen Talente richtig einzusetzen.

Bei dieser Entwicklung der industriellen Revolution muß um so mehr auf die Wahlfreiheit in der Freizeitbeschäftigung geachtet werden. Der Kapitalismus versagt auch hier. Statt die Fülle der Möglichkeiten an Freizeitbeschäftigung zu erweitern, zwingt er sie in profitabhängige Bahnen. Wir müssen uns indessen klar darüber sein, daß die angetönten Freiheitserweiterungen unter Umständen durch einen gewissen Preis erkaufte werden müssen. Um die

Freiheit der Wahl zu sichern, Qualität vor Quantität zu stellen, Varietät vor Masse, können wir vielleicht den materiellen Wohlstand nicht so rasch vorantreiben. Es ist jedoch ein großer Irrtum der kapitalistischen Gesinnung, der Mensch ziehe in jedem Fall materielle Besserstellung einer größeren Wahlfreiheit vor. Das Gegenteil kann tausendfach bewiesen werden. In Wirklichkeit ist ein großer Teil der Menschheit bereit, auf materielle Güter zu verzichten, um dadurch auf dem Gebiet der persönlichen Lebensgestaltung eine größere Freiheit zu genießen. Vor allem aber verzichtet der Mensch gerne auf größeren materiellen Wohlstand, wenn er dadurch nicht auf Menschenwürde verzichten muß. Der Kapitalismus ist deshalb ein großer Versager, weil er in dem sträflichen Irrtum befangen ist, «Fortschritt» bedeute nur materielle Besserstellung. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion — beides kapitalistisch organisierte Wirtschaftssysteme — wetteifern in diesem «materiellen Fortschritt» und prahlen damit, wer die Produktion stärker habe steigern können — ungeachtet, wieviel Menschenwürde für diesen bloßen Produktionsfortschritt geopfert werden muß.

Das Problem der Solidarität und Menschenwürde

haben wir nun wiederholt angetönt. Neben der sozialen Verantwortlichkeit zu den leistungsmäßig schwächeren Mitmenschen gehört zu einer wahren Brüderlichkeit aber noch anderes — wir können hier nur kurz das große Problem der «human relations», der menschlichen Beziehungen, andeuten. Überall dort, wo der Vorgesetzte dem Untergebenen, der Produzent dem Konsumenten, der Beamte dem Bürger gegenübertritt, der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer, der Verband dem Einzelgänger, der Reiche dem Armen, der Begabte dem Schwachbegabten, da steht der Inhaber von Macht und Verfügungsgewalt dem Gehorcher, dem «Bewirtschafteten», dem Schwächeren gegenüber, und überall ergeben sich Reibungsflächen. Gewiß kann durch Erziehung zu Freundlichkeit, Solidarität und gegenseitigem Verständnis viel dazu beigetragen werden, diese Reibungen zu vermindern. Weit wirksamer ist es jedoch auch hier, Gegengewichte zu schaffen, Kontrollen, Gegenmacht und Verantwortlichkeit. Damit haben wir nun auch das Problem angeschnitten, mit welchen Mitteln der demokratische Sozialismus *durchgeführt* werden kann.

Kontrolle — Gegengewichte — Gleichgewichte

Zu den Grundprinzipien der praktischen Durchführung des Sozialismus gehört die demokratische Kontrolle jeder Macht oder Verfügungsgewalt. Durch die Gegenüberstellung von Gegenkräften muß jede Verfügungsgewalt kontrolliert werden, so daß zwischen Macht und Gegenmacht ein Gleichgewichtszustand erreicht wird. Wir nennen als Beispiele ein paar solche Gleichgewichtsmächte:

Exekutive des Staates	—	Kontrolle durch Parlament und Volk
Regierungspartei	—	Opposition
Produzent	—	Konsument
Unternehmerverbände	—	Gewerkschaften
Betriebsleitung	—	Arbeiterkommissionen
Privatbetrieb	—	Staatsbetrieb
Staatsbetrieb	—	Privatbetrieb

Im Rahmen dieses Aufsatzes haben wir natürlich keine Möglichkeit, nun die Art dieser Mächtegleichgewichte im Detail zu behandeln. Indessen möchten wir auf einige Fragen noch näher eintreten, die besonders auch für die Programmdiskussion in den sozialdemokratischen Parteien wesentlich sind.

Der Sozialismus hat von Anfang an die Wichtigkeit der Frage erfaßt: Wie kann man ökonomische Macht unter soziale Kontrolle bringen? Unter dem Eindruck der demokratischen Umwälzung im Aufbau des Staatsgefüges war es naheliegend, den theoretischen Schluß zu ziehen, daß die ökonomische Macht am besten dadurch kontrolliert werden könne, indem man sie der Verfügungsgewalt des Staates, also des Volkes unterstelle. Die Privatunternehmer kommen in den Besitz der Verfügungsgewalt über die Wirtschaft durch den Besitz der Produktionsmittel. Also müßte man ihnen die Verfügungsgewalt über diese Produktionsmittel entziehen und sie dem Staat übertragen, der seinerseits wieder durch die politische Demokratie kontrolliert wird. In der Praxis hat es sich jedoch gezeigt, daß diese Schlußfolgerung nicht vollständig richtig ist. Jede Organisation, jeder Apparat ist niemals vollständig kontrollierbar. Ein deutliches Beispiel haben wir in der Sowjetunion miterlebt. Die Sowjets, also die Arbeiter- und Bauernräte, waren nur scheinbar ein taugliches Kontrollinstrument über die Exekutive. Sie konnten allenfalls noch wirksam funktionieren, wenn die Wirtschaft weitgehend dezentralisiert worden wäre. Im modernen Wirtschaftsgefüge ist eine solche Dezentralisierung aber unrationell. Die Sowjets wurden deshalb bald ihrer Kontrollgewalt weitgehend beraubt. An ihrer Stelle wurde die Kontrolle über die Wirtschaft bis in alle Einzelheiten durch die Staatshierarchie übernommen. Der Apparat begann sich selbst zu kontrollieren und entzog sich der Kontrolle durch die Räte. Die Verfügungsgewalt lag bei der Regierung — und bei der Regierungspartei. Und da in der Diktatur des Proletariats, wie in jedem Diktatorsystem, auch die Kontrolle des Regierungsapparates durch eine Opposition fehlt, usurpierte sich die Exekutive eine «Selbstkontrolle» — die aber zur Illusion wurde. Auch mit der Rückkehr zum Kollegialsystem kann diese «Selbstkontrolle» nicht funktionieren. Es ist fruchtlos, darüber zu philosophieren — wir haben heute genug praktische Erfahrung mit dieser «Selbstkontrolle».

Übrigens brauchen wir nicht nur in den kommunistischen Staaten nach Beispielen für die Eigenständigkeit jedes Exekutivapparates zu suchen. Man wird sofort Dutzende von Beispielen aufzählen können, wie sich auch in unserer schweizerischen Demokratie jeder Durchführungsapparat Eigenständigkeit aneignet. Das ist in der Bundesverwaltung so, bei den Kantonsverwaltungen, in den Gemeindeverwaltungen, in jedem Kaninchenzüchterverein, bei den Staatsbetrieben, bei den Privatbetrieben, bei den Unternehmerverbänden und bei den Gewerkschaften. Es hat keinen Wert, davor die Augen zu verschließen. Sogar bei den Aktiengesellschaften ist die Kontrollmöglichkeit der Verwaltungsräte oft an einem kleinen Ort. Man mag es Bürokratie, Bonzentum, Herr-im-Hause-Standpunkt oder wie man will nennen — wichtig ist für uns die Erkenntnis, daß die «Kontrolle von unten» allein noch keine Garantie dafür ist, daß Verfügungsgewalt nicht mißbraucht wird.

Diese demokratische Kontrolle muß vielmehr durch die

Gegengewichte

ergänzt werden, von denen wir bereits gesprochen haben. Um so mehr, als ja heute auf vielen Gebieten die demokratische Meinungsbildung in Frage gestellt ist — denn wer kontrolliert «die Mehrheit»? Wer garantiert uns im Zeitalter der stellvertretenden Körperschaften (Parlament, Delegiertenversammlung, Kommissionen), daß ihre Beschlüsse wirklich den Willen des Souveräns wiedergeben? Je größer der Apparat, desto unübersichtlicher wird er, desto weniger kann er kontrolliert werden, desto mehr Eigenständigkeit hat er. Es kommt dazu, daß unsere Wirtschaft immer komplizierter wird, und die Mehrheit des «Souveräns» sich deshalb auf die *Berichte* der Exekutive verlassen muß, ohne genau kontrollieren zu können, ob diese Berichte auch wirklich den vollen Tatsachen entsprechen.

Eine Kontrolle der Regierung durch die Partei, welche diese Regierung ins Amt gesetzt hat, ist ebenfalls auf weite Strecken eine Illusion. Die Demokratie kann deshalb nicht wirklich funktionieren, wenn nicht einer Opposition volle Meinungs- und Kritikfreiheit zugebilligt wird. Die Vorgänge in den Satelliten-Volksdemokratien sprechen eine deutliche Sprache.

Staatsbetrieb und Privatbetrieb

Diese Überlegungen haben weitgehende Konsequenzen auf unsere Einstellung zu den «Verstaatlichungen». Wir nehmen hier absichtlich nicht auf die Entwicklungen in den Volksdemokratien Bezug, sondern auf die Staatsbetriebe in westlichen Ländern. Weite Kreise der britischen Labourpartei — und bei uns — sind heute davon überzeugt, daß einerseits die Privatbetriebe der Konkurrenz durch öffentliche Betriebe bedürfen, aber auch umgekehrt die Staatsbetriebe der Konkurrenz durch Privatbetriebe. Ein Gleichgewichtszustand — bei gegenseitiger Kontrolle — besteht somit in einer Gemischtwirt-

schaft. In einer solchen Gemischtwirtschaft zeigt es sich rasch, ob eine wirtschaftliche Aufgabe durch ein staatliches Unternehmen oder durch die Privatwirtschaft besser gelöst werden kann oder durch eine Kombination. Auf Grund unserer früheren Ausführungen dürfte es klar genug geworden sein, daß man unter «besserer Erfüllung» nicht nur das Maß der Produktivität verstehen darf, sondern mindestens so sehr die Bewahrung der Menschenwürde, die Freiheit des Arbeitnehmers, die «human relations» im Betrieb, die Wahrung der Konsumenteninteressen, die möglichst große Wahlfreiheit der Konsumenten usw.

Es kann zum Beispiel eine außerordentlich wirksame Maßnahme sein, wenn ein Staatsbetrieb gegenüber einem vertrusteten Privatwirtschaftssektor in freie Konkurrenz tritt, wenn dieser Privatwirtschaftssektor seine Aufgabe ungenügend erfüllt, wenn er zum Beispiel nichts unternimmt, um Produktivität und Arbeitsatmosphäre zu verbessern, wenn er die Konsumenten übervorteilt usw. Ebenso wirksam kann es sein, wenn diese Konkurrenz durch einen Genossenschaftsbetrieb aufgenommen wird. Es kann aber ebenso notwendig und wirkungsvoll sein, wenn ein «eingeschlafener» Staats- oder Genossenschaftsbetrieb durch ein Unternehmen privater Initiative konkurrenziert wird. Ein Monopol (durch einen Staatsbetrieb oder durch einen Privattrust) braucht nicht unbedingt nachteilig zu sein. Wird dieses Monopol jedoch mißbraucht oder kommt es seiner Aufgabe nicht nach, so kann das Auftreten von Outsiders Wunder wirken.

Man täusche sich nicht — gerade bei den britischen Sozialisten bedeutet diese Erkenntnis nicht etwa die Aufgabe von weiteren Forderungen nach Nationalisierung. Das britische Gesundheitssystem hat zum Beispiel den glänzenden Beweis erbracht, daß es der «privaten Gesundheitspflege» haushoch überlegen ist. Im Transport und im Bergbau haben die staatlichen Unternehmungen vielfach den Beweis erbracht, daß sie leistungsfähiger sind, als dies bei privater Bewirtschaftung der Fall war. Und in der Schweiz? Nehmen wir das Beispiel des Wohnungsbaues: Die Wohnungsnot für Familien mit bescheidenen Einkommen wäre zu einer Katastrophe ausgewachsen, wenn nicht der genossenschaftliche und der kommunale Wohnungsbau sowie der halböffentliche Wohnungsbau mit Subventionen die von der Privatwirtschaft nicht erfüllte Aufgabe übernommen hätten. Umgekehrt stellen wir fest, daß etliche der Konsumgenossenschaften erst durch das Auftreten eines außerordentlich leistungsfähigen Privatunternehmens wieder reaktiviert wurden.

Eingriffe des Staates in die Wirtschaft

Zum Abschluß noch ein paar Ausführungen zu den Begriffen Planwirtschaft und Dirigismus. Es ist natürlich ein Unsinn, wenn man den Sozialisten vorwirft, sie hätten die Absicht, die gesamte Volkswirtschaft von einem zentralen Planungsbüro aus zu steuern. Und doch . . . heißt es nicht: «. . . wird

nach umfassendem Plan geordnet?» Unter einem solchen «umfassenden Plan» stellt man sich auch unter uns Pfarrerstöchtern die verschiedensten Dinge vor. Es ist zu beachten, daß dann, wenn die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft eine dringliche Aufgabe ist, ein «Fünfjahresplan» oder dergleichen eine sehr nützliche Einrichtung sein kann. Es ist immer gut, sich ein Ziel zu stecken, um dann zu versuchen, dieses Ziel möglichst rationell zu erreichen. Solche Pläne auf weite Sicht hat ja jeder gut geführte Privatbetrieb. Und es tut auch ganz gut, die Bedürfnisse auf weite Sicht durch Marktforschung abzuklären, um Verschleiß volkswirtschaftlicher Kräfte durch Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Wir haben indessen gezeigt, daß der «Fortschritt» sich nicht allein am Stande der Produktivität messen läßt. Bei einem «umfassenden Plan» geht die Wahlfreiheit der Konsumenten und damit ein wesentlicher Kulturfaktor verloren — wie die Erfahrungen gezeigt haben.

Ein modern organisierter Staat hat jedoch zahlreiche Möglichkeiten, die Produktion in einer gewünschten Richtung zu beeinflussen, spezielle Wirtschaftssektoren zu forcieren, zu rationalisieren usw., daß der Produktionsplan nicht in alle Details vorgeschrieben werden muß. Im Gegenteil. Unter Umständen erreicht man mit «laissez faire» das gewünschte Resultat ebenso gut. Die Betonung liegt auf «unter Umständen» — denn im allgemeinen erfaßt die private Initiative ihre Aufgaben nicht nach gesamt-volkswirtschaftlichen Überlegungen. Aber es gibt eine Reihe von Staatseingriffen, mit denen wir nun doch schon zahlreiche Erfahrungen gemacht haben und die sich besonders dort bewährt haben, wo nur eine *zeitlich beschränkte* Störung eines Mächtigegleichgewichtes korrigiert werden muß. Wir zählen einige auf: Preiskontrolle, Subventionierungen zur Produktionsankurbelung, Steuerpolitik, Zollpolitik, Propagandaaktionen, Preisausgleichskassen, Einfuhrsperren, Exportförderung, Mithilfe der Öffentlichkeit bei Finanzierungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Berufsberatung, Gewerbesanierungsaktionen (Weinbau, Obstbau, Milchbeschluß, Autotransportordnung, Gastwirtschaftsgewerbe usw.).

Es kann nicht abgestritten werden, daß solche Maßnahmen, solche staatlichen Eingriffe oft weit wirksamer gewesen sind, als wenn von Staates wegen ein «umfassender Produktionsplan» diktiert worden wäre. Einige der Maßnahmen haben allerdings auch versagt, oder sie sind mit der Zeit unwirksam geworden, oder sie wurden umgangen, oder sie hatten nachteilige Folgen. Solch differenzierte Eingriffe bei Versagern wieder abzubauen ist jedoch weit eher möglich, als einen Versager bei einem «umfassenden Plan» wieder in Ordnung zu bringen.

Weiter ist zu beachten, daß heute diese Staatseingriffe durch bürgerliche Mehrheiten durchgeführt werden. Hier die notwendige Korrektur anzubringen, ist Aufgabe der Opposition. Man kann sich fragen, ob das Proporz-

system und die Beteiligung der Opposition in den Exekutiven die Funktion der Opposition nicht beeinträchtigt, da die freie Kritik sofort eingeschränkt wird, wenn die von der Opposition abgeordneten Verwaltungsmänner die Mitverantwortung tragen. Es gibt hier kaum ein sozialistisches Rezept dafür — ob Regierungspartei und Opposition ihre Verantwortungen sauber trennen sollen. Für Staaten wie die USA und Großbritannien mag der strikten Trennung von Regierungspartei und Opposition der Vorzug gegeben werden. In der Schweiz mit ihrer Vielfalt und ihrem Föderalismus ist wohl eher das System der Koalitionsregierungen vorzuziehen, wobei dann eben um so mehr Gewicht auf die Kraft der parlamentarischen Vertretung zu legen ist.

M. BARDACH

Arbeiterjugend gestern und heute¹

In Nummer 1/2, 1956, der «Roten Revue» hat der jugendliche Karl Aeschbach mit seiner eingehenden, sachlichen Besprechung von Karl Bednariks 1953 veröffentlichtem Buch — «Der junge Arbeiter von heute, ein neuer Typ?» — das Jugendproblem auch in der Schweiz in die öffentliche Diskussion hineinbezogen. Er hat damit eines der wichtigsten Probleme der Nachkriegszeit aktualisiert. Bednariks Buch hat zwar seinerzeit Aufsehen erregt, am wenigsten bei der Arbeiterschaft. Doch haben die Gegner der Arbeiterbewegung es für ihre Ziele, die Verwässerung der Arbeiterbewegung ausgeschlachtet.

Das im Jahre 1955 erschienene und vom Hamburger Professor der Soziologie H. Schelsky eingeführte Buch gehört in die Reihe der oben erwähnten Schriften. Prof. Schelsky ist mit Bednarik einverstanden², daß der junge Arbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg durch den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, der nach beiden Weltkriegen erfolgt ist, aus den sozialen Bindungen einer Klassensolidarität «gelöst» wäre. Die Probleme der sozialen Struktur der Arbeiterjugend wären auf allgemeine gesellschaftliche Erscheinungen und Probleme abgelenkt worden.

Heinz Kluth, der in seinem Beitrag: Arbeiterjugend — Begriff und Wirklichkeit, dem «Spezialisten» *km* von der «NZZ» Gelegenheit bot, wieder einmal der Arbeiterbewegung etwas «auszuwischen», plagt sich mit Definitionen der Begriffe Proletarier, Arbeiter, Facharbeiter, Hilfsarbeiter usw. ab, um

¹ Sozialwissenschaftliche Untersuchungen von Heinz Kluth, Ulrich Lohmar, Rudolf Tartler. Herausgegeben und eingeführt von Helmut Schelsky, ordentlicher Professor der Soziologie an der Universität Hamburg, Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1955.

² «Arbeiterjugend gestern und heute», Seite 12.